für die Stadt Nassau

AZ: GB 3

17 DS 16/ 0411

Sachbearbeiter: Herr Anderie

VORLAGE

Gremium	Status	Datum
Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Nassau	öffentlich	28.11.2022
Stadtrat Nassau	öffentlich	12.12.2022

Erhebung von Ausbaubeiträgen für den Ausbau (Erneuerung der Einrichtungen der Straßenentwässerung) der Verkehrsanlage "Dr.-Haupt-Weg" in Nassau**Sachverhalt:**

Eingangs wird auf die Beachtung möglicherweise vorliegender Ausschließungsgründe nach § 22 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GemO) sowie auf die aus § 22 Abs. 5 Satz 1 GemO resultierende Verpflichtung jedes Mandatsträgers, dem Vorsitzenden vor Beginn der Beratungen das Vorliegen möglicher Ausschließungsgründe mitzuteilen, hingewiesen.

Die Verbandsgemeindewerke Bad Ems-Nassau (VGW) haben im Bereich der Verkehrsanlage „Dr.-Haupt-Weg“ in offener Bauweise die Straßenentwässerung erneuert. Ferner wurden Straßeneinläufe für die Straßenentwässerung hergestellt. Bei der von dieser Ausbaumaßnahme betroffenen Straße handelt es sich um eine von Straße „Am Eimelsturm“ abzweigende Verkehrsanlage, die als Sackgasse hergestellt ist. Der Stadtrat hatte in seiner Sitzung am 17.12.2019 die Aufnahme der der Stadt Nassau entstehenden Aufwendungen für diese Maßnahme (zu zahlender Investitionskostenanteil an die VGW sowie Herstellung der Straßeneinläufe) als Ausbauprogramm beschlossen. Die VGW haben nunmehr den Investitionskostenanteil für die Straßenentwässerung (nach § 12 Abs. 10 Landesstraßengesetz –LStrG- und der mit der Stadt Nassau abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung) in Rechnung gestellt sowie den Aufwand für die Straßeneinläufe beziffert; der Anteil der Stadt Nassau beträgt demnach insgesamt ca. 15.000,00 Euro. Die Verkehrsanlage liegt nicht im räumlichen Geltungsbereich eines Bebauungsplanes, sondern innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile der Stadt Nassau (§ 34 BauGB). Aufgrund ihres abknickenden Verlaufs handelt es sich um eine eigenständige Verkehrsanlage im Sinne des Beitragsrechts.

Da es sich bei der Straßenentwässerung um eine Teileinrichtung der Straße handelt, stellt der der Stadt Nassau in Rechnung gestellte Investitionskostenanteil sowie der Aufwand für die Straßeneinläufe beitragsfähigen Ausbauaufwand dar. Die von der o.a. Verkehrsanlage erschlossenen Grundstücke sind daher mit Ausbaubeiträgen nach § 10 Kommunalabgabengesetz (KAG) und der entsprechenden Satzung der Stadt Nassau über die Erhebung von Einmalbeiträgen nach tatsächlichen Investitionsaufwendungen für den Ausbau von Verkehrsanlagen (Ausbaubeitragsatzung Einzelabrechnung) zu belasten.

Der Stadtrat hat nach § 10 Abs. 3 KAG durch einen Beschluss den Anteil der Stadt Nassau an den beitragsfähigen Investitionsaufwendungen (sog. Gemeindeanteil) festzulegen. Hierbei handelt es sich um den dem Vorteil der Allgemeinheit entsprechenden Teil, der dem nicht den Beitragsschuldern zuzurechnenden Verkehrsaufkommen entspricht. Maßgebend für die

Festlegung des Gemeindeanteils ist dabei das Verhältnis zwischen Anliegerverkehr und Durchgangsverkehr unter Berücksichtigung von Funktion und Verkehrsbedeutung der Verkehrsanlage im Verkehrsnetz einer Gemeinde. Nach der Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz wird ein Gemeinderat/Stadtrat als in der Lage angesehen, aufgrund seiner Vertrautheit mit den örtlichen Verhältnissen (insbesondere den Grundstücksnutzungen, der flächenmäßigen Ausdehnung einer Verkehrsanlage und der Bedeutung der Straße im Gefüge des gesamten Straßennetzes) auch ohne eine formelle Erhebung die Verkehrsbedeutung einer Straße im Gemeindegebiet hinreichend zuverlässig einzuschätzen. Nach der Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz steht den Gemeinden bei der Festlegung des Gemeindeanteils ein Beurteilungsspielraum von +/- 5 % zu, der einen Ausgleich für die tatsächlichen Unsicherheiten bieten soll, der mit der Bewertung des Anlieger- und Durchgangsverkehrs ohne präzise Datenerhebung verbunden ist.

Wie dargelegt, handelt es sich bei der von der Straße „Am Eimelsturm“ abzweigenden Verkehrsanlage „Dr.-Haupt-Weg“ um eine Sackgasse, also im Ergebnis um eine klassische Anliegerstraße, so dass nach der Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz von einem Regelanteil der Stadt Nassau von 25 % auszugehen wäre. Unter Berücksichtigung des der Stadt Nassau eingeräumten Beurteilungsspielraums wäre auch ein Stadtanteil von 30 % durchaus noch vertretbar.

Damit die Voraussetzungen für die Erhebung von Ausbaubeiträgen geschaffen werden, wäre vom Stadtrat Nassau der nachstehende Beschluss zu fassen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Eigentümer und dinglich Nutzungsberechtigten der von der Verkehrsanlage „Dr.-Haupt-Weg“ (Parzelle Flur 58, Flurstück 153/2) in Nassau erschlossenen Grundstücke werden für den Ausbau der Verkehrsanlage „Dr.-Haupt-Weg“ (Erneuerung der Einrichtungen der Straßenentwässerung) zu Ausbaubeiträgen nach § 10 Kommunalabgabengesetz (KAG) in Verbindung mit der Satzung zur Erhebung von Einmalbeiträgen nach tatsächlichen Investitionsaufwendungen für den Ausbau von Verkehrsanlagen (Ausbaubeitragssatzung Einzelabrechnung) der Stadt Nassau vom 11.03.2003 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.07.2022 herangezogen.
2. Der Anteil der Stadt Nassau an den beitragsfähigen Investitionsaufwendungen gemäß § 10 Abs. 3 KAG wird auf 25 % der beitragsfähigen Investitionsaufwendungen festgesetzt. Der Anteil der Beitragspflichtigen (Anliegeranteil) beträgt demnach 75 % der beitragsfähigen Investitionsaufwendungen.

Uwe Bruchhäuser
Bürgermeister